

Standortpolitik – Was nun zu tun ist

Exklusiver Bericht für ACATIS Investment: Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld, Universität Freiburg und Walter Eucken Institut

Allmählich greift die Einsicht in der Bundesregierung um sich, dass die wirtschaftliche Misere in Deutschland nur durch eine Verbesserung der Standortbedingungen bewältigt werden kann. So schlug der Bundeswirtschaftsminister eine Reduktion der Unternehmenssteuern vor und warb um eine Zustimmung der CDU/CSU. Die haushaltspolitischen Spielräume dafür wollte er durch ein schuldenfinanziertes Sondervermögen im Grundgesetz schaffen. Diesen Vorschlag wies der Bundesfinanzminister zurück und machte einen erneuten Vorstoß zur Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Rund die Hälfte des Aufkommens aus dem heute noch verbleibenden Solidaritätszuschlag wird von unternehmerischen Einkünften bestritten, sodass dies eine merkliche Reduktion der Steuerbelastung für diese bedeuten würde. Das Kanzleramt zeigte sich wiederum wenig begeistert von diesem Vorschlag, da es die Anpassungen auf der Ausgabenseite scheut: Zu den kolportierten Einsparungen im Bundeshaushalt 2025 von rund 20 Mrd. Euro würden weitere 12 Mrd. Euro hinzukommen.

Jenseits des politischen Geplänkels zwischen Regierung und Opposition oder innerhalb der Ampelkoalition ist der Handlungsbedarf unabweisbar. Die Unternehmen sehen sich in Deutschland einem ungünstigen Investitionsumfeld gegenüber. Unternehmen investieren, wenn ihre Investitionen nach Steuern zu Gewinnen führen, die Kapitalkosten also positiv sind. Dafür sind die Absatzmöglichkeiten für ihre Produkte und die Kosten der Produktion relevant. Für die stark exportorientierte deutsche Wirtschaft kommt es auf die internationalen Absatzmöglichkeiten an. Es ist vor allem die Kostensituation, die für die verhaltene Investitionstätigkeit verantwortlich ist.

Deutschland bietet Investoren besonders hohe Energiekosten, hohe Arbeitskosten, eine der höchsten Steuerbelastungen für Unternehmen und die höchsten Regulierungskosten weltweit. Die hohen Energiekosten sind das Ergebnis einer verfehlten Energiepolitik. Die Energiewende der Regierung Merkel hat daran ihren Anteil, gleichermaßen aber die Unfähigkeit der aktuellen Bundesregierung, die Abschaltung der Atomkraftwerke für eine Übergangszeit aufzuschieben. Perspektivisch ist vor dem Hintergrund der im Zuge der Klimapolitik zu erwartenden Steigerungen der CO₂-Bepreisung keine massive Kostensenkung zu erwarten. Aber eine gewisse Reduktion ließe sich durch einen beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien erreichen. Dazu ist eine Beschleunigung der Genehmigungsverfahren zwingend erforderlich.

Die Lohnstückkosten sind in Deutschland seit dem Jahr 2015 wieder gestiegen. Dies hat einerseits mit der schwachen Produktivitätsentwicklung zu tun. Andererseits gingen die Reallöhne mit Ausnahme der Jahre mit hoher Inflation deutlicher nach oben. Die Eindämmung der Inflation ist von wieder steigenden Reallöhnen begleitet. Jenseits aktueller Tarifverhandlungen dürfte der Druck auf die Arbeitskosten hoch bleiben, weil sich aufgrund der demografischen Entwicklung Engpässe am Arbeitsmarkt einstellen werden. Diese Verknappung sorgt für Lohndruck. Hier lassen sich ebenfalls mildernde Effekte vorstellen, etwa aufgrund einer weiteren Nettozuwanderung. Wie bei den Energiekosten ist die zu erwartende Kostendämpfung allerdings beschränkt.

Somit bleiben vor allem zwei Bereiche, in denen die Bundesregierung die Kosten für die Unternehmen senken kann: Steuern und Regulierung. Die Steuerpolitik ist jedoch festgefahren. Innerhalb der Regierung ist kein Konsens für eine echte Reform der Unternehmenssteuern zu erwarten. Das Wachstumschancengesetz bringt strukturelle Verbesserungen, so die Länder im Bundesrat zustimmen, wird aber vom Volumen her zu geringe Impulse setzen.

Echte Fortschritte könnte die Bundesregierung hinsichtlich einer Reduktion der Bürokratiekosten erreichen. Jedenfalls ist dieses Ziel im Koalitionsvertrag enthalten. Gleichwohl erkennt man bislang keine Verbesserungen, sondern Verschlechterungen. Der nationale Normenkontrollrat hat in seinem jüngsten Bericht festgestellt, dass der laufende Erfüllungsaufwand der Regulierung seit Amtsantritt der Ampelkoalition zugenommen hat, vor allem aufgrund des Gebäudeenergiegesetzes, des Mindestlohns und des Ganztagsförderungsgesetzes. Weitere Verschärfungen bestehender Regulierungen, etwa aufgrund der europäischen Lieferkettenrichtlinie, lassen sich noch verhindern. Aber wo bleibt die Deregulierung?

Letztlich stehen sich in Deutschland zwei politische Blöcke gegenüber – eine Seite, die über Subventionen und Regulierungen die Wirtschaft steuern will, und eine andere Seite, die auf marktwirtschaftliche Prinzipien setzt. Solange der Konflikt zwischen diesen beiden Seiten nicht aufgelöst ist, ist keine Besserung in Sicht.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld